



Berlin, 6. September 2005

Junge Polizistinnen und Polizisten besonders betroffen

Spritpreise: GdP warnt Merkel vor Abschaffung der Pendlerpauschale

Berlin. Als eine „unvertretbare Härte besonders gegenüber jungen Polizistinnen und Polizisten“ hat der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Konrad Freiberg, die von der Union im Falle eines Wahlsieges geplante Abschaffung der Pendlerpauschale bezeichnet.

Anlässlich des Treffens von Kanzlerkandidatin Angela Merkel mit dem DGB-Bundesvorstand am Dienstag sagte Freiberg: „Junge Polizistinnen und Polizisten können sich nicht aussuchen, wo sie ihren Dienst verrichten. Sie werden vornehmlich in den teuren Ballungsgebieten wie Köln, München Frankfurt oder Düsseldorf eingesetzt. Dort können sie mit ihren Anfangsgehältern keine Wohnungen bezahlen und müssen deshalb weite Anfahrtswege in Kauf nehmen.“ Auch der Staat als Arbeitgeber verlange von allen seinen Beschäftigten Mobilität und Flexibilität.

Freiberg: „Wenn die Union angesichts der steigenden Benzinpreise auch noch die Pendlerpauschale und die Steuerfreiheit für Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschläge abschaffen will, wird gerade den Berufsanfängern in der Polizei auch noch der letzte Cent aus der Tasche gezogen.“

Er frage sich, so Freiberg, wie es sich mit der Familienpolitik der Union vereinbaren lasse, wenn gerade jungen Berufsanfängern durch immer neue Belastungen und Einkommenseinbußen die finanzielle Basis für die Gründung von Familien entzogen würde.

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

Pressesprecher:

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

Berlin:

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190